



# EINBLICK

DAS INFOBLATT DER CDU-FRAKTION IM LANDTAG VON

SACHSEN-ANHALT

## Rundfunkbeitrag

### Öffentlich-rechtlicher Rundfunk „ja“ – Beitragsserhöhung „nein“

Die CDU-Fraktion setzt sich seit Jahren für eine Beitragsstabilität ein. Von uns ging der Impuls zur letzten Senkung des Rundfunkbeitrags aus. Deshalb sind wir stringent in unserem Handeln. Der Bürger ist immer zur Zahlung des Rundfunkbeitrages verpflichtet, er kann sich eben nicht entscheiden, ob er sich für den monatlichen Beitrag eine Berufsunfähigkeit- oder Unfallversicherung kauft. Die Akzeptanz der Bürger ist direkt an die Beitragszahlung geknüpft. Sie steigt nicht wirklich, so wie es der Beitrag jetzt soll. Wir haben den Bürgern 2016 im Koalitionsvertrag und 2018 in einer Grundsatz-

debatte im Landtag versprochen, dass wir für Beitragsstabilität über 2020 hinaus sorgen. Wir stehen dafür beim Wähler im Wort.

Vor allem die Kritik der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) läuft an vielen Stellen seit Jahren ins Leere. Der KEF fehlen tiefgreifende Umstrukturierungen und kostensenkende Reformmaßnahmen der Anstalten. Die Anstalten sind verpflichtet, allen Hinweisen der KEF auf Einsparpotenziale und Wirtschaftlichkeitsreserven nachzugehen und die Empfehlungen umzusetzen. Viele Bürger sagen uns, dass sie einen besorgniserregenden Wandel in der Qualität und Quantität der Berichterstattung empfinden. Ob es um die Menge der Radioprogramme oder der TV-Kanäle geht, ob es um Parallelstrukturen geht, der öffentlich-rechtliche Rundfunk scheint zu groß und zu teuer geworden zu sein. Das ist aber nicht der einzige Grund. Letztendlich halten wir auch den Zeitpunkt für eine Beitragserhöhung für kaum vermittelbar. Angesichts der erheblichen Belastungen aus der Corona-Pandemie fehlt vielen Menschen das Verständnis dafür, dass die Rundfunkanstalten trotz dieser Situation mehr Geld fordern.

„Viele Bürger fragen zu Recht, brauchen wir wirklich 21 Fernsehsender mit zahlreichen regionalen Unterkanälen und 74 öffentlich-rechtliche Radiosender, um einer politisch und wirtschaftlich unabhängigen Grundversorgung an Nachrichten und Kultur nachzukommen?!“

► **Markus Kurze**  
Parlamentarischer Geschäftsführer und  
medienpolitischer Sprecher





## Die CDU-Fraktion steht für:

1. Der freie Zugang zu unterschiedlichen Informationsquellen ist grundlegend für ein demokratisches Gemeinwesen und hat entscheidende Bedeutung für den Meinungsbildungsprozess. Hierfür ist die unabhängige und **vielfältige Medienlandschaft** mit dem beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, privaten lokalen und landesweiten Medienanbietern, Verlagen, Bürgermedien und neuen online-gestützten Medienangeboten zu erhalten, zu fördern und zukunftsfähig zu machen.
2. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind gerade im digitalen Zeitalter eine vertrauenswürdige Säule der Berichterstattung. Entsprechend des Grundversorgungsauftrages, sollen **Information, Bildung und Kultur** in allen öffentlich-rechtlichen Medienangeboten im Mittelpunkt stehen. Dazu braucht es eine sachliche, plurale und ausgewogene Berichterstattung, aber auch eine transparente und nachvollziehbare Fehlerkultur.
3. **Der bestehende Auftrag** des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss unter den Bedingungen des digitalen Zeitalters **neu definiert** werden, bevor weiter über die Form und Höhe der Finanzierung gesprochen wird. Der Umfang und die Schwerpunkte des Auftrags müssen sachgerecht und wirtschaftlich erfüllt werden.
4. Die **Debatte über schlankere Strukturen**, mehr Kooperationen, Erweiterung der Gemeinschafts-

aufgaben sowie über die Vergütung und Versorgung der Führungskräfte in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten **muss intensiviert** und ergebnisorientiert geführt **werden**.

5. **Qualität statt Quantität** – so können sich die Dritten Programme (MDR, RBB, SWR, NDR, HR, SR, Radio Bremen, BR und WDR) noch deutlicher auf ihren regionalen Auftrag konzentrieren und diesen Markenkern steigern. Die ortsansässigen Dienstleister und Produzenten sind stärker einzubinden.

Im Landtag von Sachsen-Anhalt gibt es derzeit keine Mehrheit für eine Beitragserhöhung. Unser Ministerpräsident hat dies auch in seiner Protokollnotiz bei der Unterzeichnung des Gesetzentwurfes deutlich gemacht, um das Ratifizierungsverfahren hierzu in Gang zu setzen. Alle 16 Länderparlamente können sich jetzt mit diesem Thema auseinandersetzen. Wir erhoffen uns eine ehrliche Debatte unter den Abgeordneten. Uns ist in der Debatte wichtig, was die Bürgerinnen und Bürger zukünftig vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwarten und ob sie bereit sind, dafür mehr zu bezahlen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Bestandteil unserer Demokratie, er muss erhalten und bezahlbar bleiben.

Solange es keine Anpassung der Auftragsbeschreibung an die heutigen Medienbedürfnisse und das digitale Nutzungsverhalten der Bevölkerung gibt, kann das Finanzierungsmodell nicht beschlossen werden.